Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/027(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 12.05.2023	Ratssaal	15:00 Uhr	16:20 Uhr

Leitung:

Oberbürgermeisterin Simone Borris

Teilnehmer:

siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14. 04. 2023 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Anträge
- 5.1 Bericht zur Digitalisierung Fraktion DIE LINKE A0020/23
- 5.1.1 Bericht zur Digitalisierung BE: Oberbürgermeisterin S0118/23

5.2	Bürgerbegehren in Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0042/23
5.2.1	Bürgerbegehren in Magdeburg BE: Oberbürgermeisterin	S0179/23
5.3	Ordnungsgemäße Anlieferzone für das Alte Rathaus ausweisen Fraktion DIE LINKE	A0014/23
5.3.1	Ordnungsgemäße Anlieferzone für das Alte Rathaus ausweisen BE: Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	S0130/23
6	Beschlussvorlagen und Informationen	
6.1	WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Oberbürgermeisterin	DS0140/23
6.2	Servicegesellschaft WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG GmbH BE: Oberbürgermeisterin	DS0145/23
6.3	AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH BE: Oberbürgermeisterin	DS0173/23
6.4	Anträge auf Kostenschätzung der BürgerInneninitiative „StromWendeMagdeburg“ Rechtliche Bewertung des Bürgerbegehrens BE: Oberbürgermeisterin	I0096/23
6.5	Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2022 BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	I0113/23
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Simone Borris

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Nadja Lösch

Olaf Meister

Kathrin Natho

Jens Rösler

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Vertreter

René Hempel

Stephan Papenbreer

Dr. Thomas Wiebe

i.V.f. SR Müller

i.V.f. SR'in Schumann

i.V.f. SR Dr. Grube

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Oliver Müller

Carola Schumann

Frank Schuster

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit 10 Ja-Stimmen einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14. 04. 2023 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 14. 04. 2023 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 1 Enthaltung genehmigt.

4. Einwohner*innenfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

5. Anträge

5.1. Bericht zur Digitalisierung Vorlage: A0020/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes für Statistik, Wahlen und Digitalisierung Herr Dr. Hoppe teil.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, äußert seinen Eindruck, dass der Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt angesehen werden kann.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, vertritt hierzu eine gegenteilige Auffassung und legt dar, dass dem Antrag im Sinne der Stellungnahme zugestimmt werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0020/23 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 25. 05. 2023 zu beschließen.

5.1.1. Bericht zur Digitalisierung Vorlage: S0118/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Hinweis: Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Rechtsamtes Herr Marske teil.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Diese zeige, dass eine umfassende Diskussion erforderlich sei, wie mit Bürgerbegehren umgegangen wird. Er legt seine Sicht dar, dass Bürger*innen nicht die erforderliche Unterstützung erhalten. Auch zeige die Stellungnahme, dass nicht der Wille besteht, Wege aufzuzeigen, wie Bürgerbegehren durchgeführt werden können. Tatsächlich seien die Hürden viel höher als sie sein müssten. Als Beispiel benennt er das Engagement zum „Radentscheid Magdeburg“ und führt aus, dass Eindruck der hier Engagierten war, dass die Stadt alles dafür getan hat, das Bürgerbegehren zu verhindern. Stadtrat Hempel spricht sich dafür aus, grundsätzlich darüber zu reden, wie mit der Thematik umgegangen werden soll und wie hier Bürger*innen begleitet werden können.

Hinweis: Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, trifft zu Sitzung ein.

Die Oberbürgermeisterin widerspricht den Ausführungen des Stadtrates Hempel und führt aus, dass es zum Bürgerbegehren „StromWendeMagdeburg“ sehr wohl ausführliche Beratungen und durch das Rechtsamt Unterstützung hinsichtlich des rechtlichen Rahmens gab. Sie informiert, dass die Städtischen Werke gebeten wurden, eine Kostenschätzung abzugeben.

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future!, macht erläuternde Ausführungen hinsichtlich der Unterscheidung von Bürgerbeteiligung und Bürgerbegehren und trifft die Feststellung, dass es in Sachsen-Anhalt allerdings schwierig sei, ein Bürgerbegehren durchzuführen. Sie vertritt die Auffassung, dass hier durch die Stadt Unterstützung gegeben werden muss und macht Ausführungen zu den geführten Gesprächen mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens „StromWendeMagdeburg“.

Der Amtsleiter Herr Dr. Hoppe nimmt Bezug auf das Bürgerbegehren „Radentscheid Magdeburg“ und legt dar, dass es hierzu über einen längeren Zeitraum Gespräche mit dem Initiator geführt wurden. Insbesondere merkt er an, dass seitens der Stadt darauf hingewiesen wurde, dass die Fragestellung des Entscheids keine eindeutige Ja- oder Nein-Entscheidung war, wie dies im KVG LSA geregelt ist. Damit bestand die Gefahr des Scheiterns des Entscheids. Die Aussage, dass es bei dem Entscheid keine Unterstützung gab, weist er entschieden zurück.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, legt seine Auffassung dar, dass es diverse Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Bürger*innen gibt, wie deren Interessen wahrgenommen werden können. Die geäußerte Kritik des Stadtrates Hempel werde von ihm nicht geteilt.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, unterstützt die Auffassung, dass es in anderen Bundesländern einfacher sei, ein Bürgerbegehren durchzuführen. Er verweist darauf, dass seitens seiner Fraktion im Landtag in der letzten Legislaturperiode beantragt wurde, das Quorum zu senken. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion äußert, sich auch mehr Bürgerbegehren zu wünschen, hierzu müsse jedoch der rechtliche Rahmen eingehalten werden. Er trifft die Feststellung, dass es mit der Arbeit der GWA's bereits eine Bürgerbeteiligung gibt. Insbesondere verweist er darauf, dass jederzeit die Möglichkeit besteht, entsprechende Bürgeranliegen in den einzelnen Fraktionen vorzutragen und diese Anliegen über die Fraktionen in den Stadtrat zu bringen.

Die Oberbürgermeisterin informiert wiederholt, dass derzeit ein Bürger*innenbeteiligungskonzept erarbeitet werde und dieses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0042/23 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 25. 05. 2023 nicht zu beschließen.

5.2.1. Bürgerbegehren in Magdeburg
Vorlage: S0179/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Ordnungsgemäße Anlieferzone für das Alte Rathaus ausweisen
Vorlage: A0014/23

Zum Antrag besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den A0014/23 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 25. 05. 2023 zu beschließen.

5.3.1. Ordnungsgemäße Anlieferzone für das Alte Rathaus ausweisen
Vorlage: S0130/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige
GmbH
Vorlage: DS0140/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch teil.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf § 10, Abs. 3 – Aufsichtsrat – des Gesellschaftsvertrages und bezeichnet die hier dargestellte Regelung, dass bei Ausscheiden der Person des Vorsitzenden oder der Person des Stellvertreters beide Position neu gewählt werden müssen, als nicht praktikabel.

Die Oberbürgermeisterin macht darauf aufmerksam, dass dies schon immer so gehandhabt wurde.

Ergänzend führt Herr Koch zum Hintergrund der Regelung aus, dass, wenn die Person des Aufsichtsratsvorsitzenden die Person des Stellvertreters weiter Stellvertreter bleibt oder das Amt niederlegen muss. Um dies zu vermeiden, werde das benannte Wahlverfahren angewandt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, kündigt einen entsprechenden Änderungsantrag an.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0140/23 in seiner Sitzung am 25. 05. 2023 zu beschließen.

6.2. Servicegesellschaft WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG
GmbH
Vorlage: DS0145/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0145/23 in seiner Sitzung am 25. 05. 2023 zu beschließen.

6.3. AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung
und Beschäftigung mbH
Vorlage: DS0173/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0173/23 in seiner Sitzung am 25. 05. 2023 zu beschließen.

6.4. Anträge auf Kostenschätzung der BürgerInneninitiative
„StromWendeMagdeburg“ Rechtliche Bewertung des
Bürgerbegehrens
Vorlage: I0096/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.5. Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2022
Vorlage: I0113/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug teil.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, nimmt Bezug auf die Personalausgaben für Personalrat/Schwerbehindertenvertretung in Höhe von 453 TEUR und hinterfragt, um wieviel hauptamtliche Personen es sich hierbei handelt, und in welcher Funktion diese tätig sind.

Der Beigeordnete Herr Krug sagt zu, diese Information zu erstellen und als Anlage zum Protokoll nachzureichen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Veranstaltung MHKW

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, kritisiert, dass seine Fraktion von o.g. Veranstaltung keine Kenntnis hatte. Er fordert auf, die Zusage zu geben, dass zukünftig auch seine Fraktion entsprechende Einladungen erhält.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, unterstützt die geäußerte Kritik.

Die Oberbürgermeisterin macht darauf aufmerksam, dass die Einladungen seitens des MHKW versandt wurden und nicht durch die Stadt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion legt klarstellend dar, dass die Einladung von einer privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft herausgegeben wurden. Seine Einladung habe er über den SPD-Stadtverband erhalten und nicht über die Stadtratsfraktion.

Die Oberbürgermeisterin sagt zu, die geäußerte Kritik an die Geschäftsführung des MHKW anzutragen. Sie merkt an, dass eine privatwirtschaftliche Gesellschaft selbst darüber entscheiden kann, wer zu entsprechenden Veranstaltungen eingeladen werden soll.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris
Vorsitzende

Andrea Behne
Schriftführerin